

Unsere Position

Wir Piraten setzen uns für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens [BGE] ein.

Dazu wollen wir eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag gründen, deren Ziel die konkrete Ausarbeitung und Berechnung neuer sowie die Bewertung bestehender Grundeinkommens-Modelle sein soll. Für jedes Konzept sollen die voraussichtlichen Konsequenzen sowie Vor- und Nachteile aufgezeigt und der Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Fernziel ist dann eine Volksabstimmung.

Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen sich die PIRATEN für einen bundesweiten, gesetzlichen, nicht unbedingt einheitlichen, Mindestlohn ein.

Argumente

- Ohne Arbeitszwang keine Abhängigkeit, Erpressbarkeit, Lohndumping etc. und damit Selbstregulierung der Gehälter nach Bedürfnis der Gesellschaft (Selbstregulierung des Marktes)
- Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe
- Keine Diskriminierung der ALG-2-, (Hartz IV-) und Sozialhilfeempfänger
- Keine Alters- und Kinderarmut
- Minimierung Verwaltungskosten und Bürokratie
- Arbeit kann durch frei gewählte Lebensaufgaben ersetzt werden

Ja, aber...

... das ist doch nicht zu bezahlen!

Was die zu erarbeitenden Modelle kosten werden, wird erst nach den Ergebnissen der Enquete-Kommission feststehen. Und erst dann kann man darüber entscheiden, ob das zu bezahlen ist.

... dann würde ja keiner mehr arbeiten!

Doch. Denn um sich "Luxus" zu gönnen, muss man etwas dazu verdienen. Außerdem kann Arbeit Spaß machen, erfüllen, weiterentwickeln, befriedigen.

Unsere Position

Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen. Die überwachte Gesellschaft entsteht momentan allein dadurch, dass sie technisch möglich geworden ist und den Interessen von Wirtschaft und Staat gleichermaßen dient.

Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden. Das Briefgeheimnis soll erweitert werden zu einem generellen Kommunikationsgeheimnis. Keine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung! Informationelle Selbstbestimmung für die Bürger.

Argumente

- Sonst totaler Überwachungsstaat
- Sonst Anpasstheit des Einzelnen
- Sonst freie Meinungsäußerung und Demokratie gefährdet
- Nicht alle Bürger unter Generalverdacht stellen
- Für die Unschuldsvermutung!

Ja, aber...

...wie verhindern wir dann Terroranschläge?

Indem nur im konkreten Verdachtsfalle solche Daten gespeichert werden.

Und: Nicht überall, wo Terror drauf steht, ist auch Terror drin!

...ich habe doch nichts zu verbergen?

Vielleicht, aber alle gesammelten Daten können verloren gehen oder gar absichtlich missbraucht werden.

Unsere Position

Von Alters her sind Rausch und Sucht Bestandteil jeder Kultur. Diese Tatsache erfordert es, sich vorurteilsfrei mit dem Konsum von Genussmitteln und dessen Folgen auseinanderzusetzen, um mit einer pragmatischen Suchtpolitik Schaden von der Gesellschaft abzuwenden.

Die bisherige, repressive, vorwiegend auf Abstinenz abzielende Drogenpolitik ist offensichtlich gescheitert: Sie schuf einen Schwarzmarkt, der weder Jugend- noch Verbraucherschutz kennt und die Rechte von Nichtkonsumierenden ignoriert.

Argumente

- Legalisierung ist keine zügellose Freigabe
- Keine Pro-Drogen Kampagne!
- Kontrollierte Abgabe an besonderen Ausgabestellen
- Kontrollierte, reine "Produkte", mit bekanntem Wirkstoffgehalt (Inhalt).
- Entkriminalisierung, weniger Beschaffungskriminalität.
- Schwarzmarkt verursacht unterschiedliche Qualität von Drogen

Ja, aber...

...dann haben wir bald Drogentourismus.

Natürlich muss der Erwerb kontrolliert erfolgen und mit Aufklärung einhergehen

...dann wird es viel mehr Süchtige geben.

Aufklärung der Bürger! Länder, in denen eine Legalisierung stattgefunden hat, zeigen einen Rückgang der Probleme, z.B. Portugal

Unsere Position

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass möglichst alle durch öffentliche Stellen erzeugten oder mit Hilfe öffentlicher Förderung entstandenen Inhalte der breiten Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden.

Die Verfügbarkeit darf nicht durch Antragsverfahren, Lizenzen, Gebühren oder technische Mittel erschwert werden. Die Inhalte werden in offenen Formaten online zur Verfügung gestellt und archiviert.

Argumente

- Die Öffentlichkeit hat's bezahlt, dann soll es auch der Öffentlichkeit gehören
- Informationen sind das höchste Gut. Sie müssen allen Bürgern gleichermaßen (und frei) zur Verfügung stehen.

Ja, aber...

... dann entgehen dem Staat ja Einnahmen?

Ja, das ist richtig. Diese müssen kompensiert werden.

... dann hat der Staat ja viel höhere Aufwände?

Ja, das ist richtig. Aber wenn Werkzeuge und Prozesse stimmen, kann man in den Verwaltungen von Heute einiges optimieren.

Unsere Position

Leiharbeit sollte aus diesem Grund - wie dies in der Vergangenheit auch schon einmal der Fall war - begrenzt werden. Wir werden dazu eine maximal erlaubte Überlassungsdauer von sechs Monaten für Leiharbeitnehmer festlegen. Die Piratenpartei wird das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) entsprechend anpassen.

Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können, sondern für die ihnen abverlangte Flexibilität mit einem Lohnzuschlag entschädigt werden. Zusätzlich werden wir eine Höchstquote von Leiharbeitern je Unternehmen bezogen auf die jeweilige Stammbeschäftigung in Höhe von zehn Prozent einführen.

Argumente

- Keine Umgehung von Kündigungsschutz und Tarif- bzw. Mindestlöhnen
- Leiharbeit keine Konkurrenz und kein Druckmittel mehr gegen die Stammbesellschaft
- Keine Niedriglohnspirale

Ja, aber...